



Vierteljähriger Abonnementssatz in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechshülligen Petit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Auktions-Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 460. Mittag-Ausgabe.

Neunundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 2. October 1878.

Deutschland.

Berlin, 1. Oct. [Amüsiches.] Se. Majestät der König hat den nachbenannten Offizieren u. folgende Ordensdecorationen verliehen:
den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwerten am Ringe: von Waldow, General-Major und Commandeur der 2. Cavallerie-Brigade;
den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub: Arent, General-Major und Commandeur der 1. Cavallerie-Brigade;
den Roten Adler-Orden vierter Klasse: von Schäffer, Oberst-Lieutenant und Commandeur des Ostpreußischen Kürassier-Regiments Nr. 3, Graf Wrangel, Freiherr von Selbeneck, Major im 1. Leib-Husaren-Regiment Nr. 1;
den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse: von Bomsdorff, Oberst a. la suite des Ostpreußischen Ulanen-Regiments Nr. 8, Commander der 4. Cavallerie-Brigade;

den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: Manché, Oberst-Lieutenant und Commandeur des Dragoner-Regiments Prinz Albrecht von Preußen (Lithauischen) Nr. 1, von Thiele, Oberst-Lieutenant und Commandeur des Pommerschen Husaren-Regiments (Blücher'sche Husaren) Nr. 5, Kutschet, Oberst-Lieutenant und Commandeur des Ostpreußischen Ulanen-Regiments Nr. 8, Rudolphi, Oberst-Lieutenant und Commandeur des Lithauischen Ulanen-Regiments Nr. 12.

den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse: von Knebel-Döberitz, Rittmeister im 2. Garde-Ulanen-Regiment; das Allgemeine Ehrenzeichen: Lange, Wachtmeister im Ostpreußischen Kürassier-Regiment Nr. 3, Graf Wrangel, Schattauer, Wachtmeister im Dragoner-Regiment Prinz Albrecht von Preußen (Lithauischen) Nr. 1, Janisch, Wachtmeister im 1. Leib-Husaren-Regiment Nr. 1, Topel, Wachtmeister im Pommerschen Regiment (Blücher'sche Husaren) Nr. 5, Folger, Wachtmeister im Lithauischen Ulanen-Regiment Nr. 12, Oitter, Stabstrompeter im Ostpreußischen Ulanen-Regiment Nr. 8, Nehmert, Wachtmeister im Ostpreußischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 1.

Se. Maj. der Kaiser und König hat dem Geheimen Kanzleisekretär bei der obersten Post- und Telegraphenverwaltung Schröderdorff in Berlin bei seinem Ausscheiden aus dem Postdienste den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Se. Maj. der König hat dem Landrat des Saalkreises Curt von Krosga zu Halle a. S. den Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen; den bisherigen Oberlehrer des Gymnasiums zu Wismar, im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin, Dr. Karl Koppin, zum Königlichen Gymnasial-Director ernannt; und den Kreisrichter Bachmann in Thorn, der von der Stadtverordneten-Versammlung in Bromberg getroffenen Wahl gemäß, als Ersten Bürgermeister der Stadt Bromberg für die gesetzliche zwölfjährige Amts dauer bestätigt.

Der Oberforster Klemm zu Johannishurg im Regierungsbezirk Gumbinnen ist auf die durch die Pensionierung des Oberförsters Pfaff erledigte Obersförsterstelle zu Oberroßlau, mit dem Wohnsitz in Wetter, Regierungsbezirk Kassel, versetzt worden. — Bei dem Königlichen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten sind ernannt: der Kanzleirath Reich zum Director der Geheimen Kanzlei, der bisherige Registerator des Charlottenkrankenhauses Hövermann und der Regierungs-Civil-Supernumerar Schulze zu Geheimen expedienten Secretären und Calculatoren und der Bureau-Dictaen-Daage zum Geheimen Registratur. Dem Gymnasial-Director Dr. Karl Koppin ist die Direction des Gymnasiums in Stade übertragen worden. — Dem Königlichen Bau-Inspector Kaske zu Raistenberg ist gestattet worden, seinen Wohnsitz nach Bartenstein zu verlegen. Der bisherige Königliche Kreisbaumeister Julius Ernst Karl Giebe in Zielenzig ist zum Königlichen Wasserbau-Inspector ernannt, und demselben die Wasserbau-Inspectorei zu Labiau, Regierungsbezirk Königsberg, verliehen worden. — Mittels Allerbüchsten Erlasses vom 9. Sept. c. ist das Magistratsmitglied Boele zu Münster, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl gemäß, als befohlener Beigeordneter der Stadt Münster auf die gesetzliche zwölfjährige Amts dauer bestätigt worden. — Dem Advocaten und Notar Schneider in Aschendorf ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Meppen gestattet worden. (R. Anz.)

[Militär-Wochenblatt] Reimer, Prem.-Lieut. aggr. dem Schles. Train-Bat. Nr. 6, in das Pomm. Train-Bat. Nr. 2 einrangt. Neumeister, Major vom Stab des Ingen.-Corps und Commandeur des Schlesw.-Holst. Pionn.-Bat. Nr. 9, von der Sellung als Bataillons-Commandeur entbunden. Hoermann, Major von Generalstab der 18. Div., in den großen Generalstab verlegt und zur Führung des Schlesw.-Holst. Pionn.-Bat. Nr. 9 commandirt. Erbgroßherzog von Sachsen Königl. Hoheit, Oberstleut. à la suite des 5. Thüring. Inf.-Regts. Nr. 94 (Großherzog von Sachsen) und des Hannov. Hus.-Regts. Nr. 15, zum Obersten befördert. Altenstadt, Major vom 3. Oberhüs. Inf.-Regt. Nr. 62, v. Nöhl, Major à la suite des Ostfries. Inf.-Regts. Nr. 78, dieser unter Einbindung von der Stellung als Platzmajor in Mieg und unter Aggregir. bei dem gen. Regt., — vom 15. October cr. ab zur Dienstleistung bei der Eisenb.-Abteil. des großen Generalstabes comandirt. Erbgroßherzog von Oldenburg Königl. Hoheit, Major à la suite des Oldenb. Drag.-Regts. Nr. 19 cr., tritt vom 1. Novbr. cr. ab zum Dienst bei dem genannten Regiment ein. Blewig, Prem.-Lieut. a. D., zuletzt von der Landw.-Inf. des 2. Bat. (Kosel) 3. Obersold. Landw.-Regts. Nr. 62, bei der Landw.-Inf. dieses Bataillons als Prem.-Lieut. mit Patent vom 14. Juni 1872 wieder einrangt.

○ Berlin, 1. Oct. [Zur Rückkehr des Kaisers. — Kriegsgericht in Sachen des „Großen Kurfürst.“ — Absahrt des „Prinz Adalbert.“ — Dementi. — Personalien. — Eröffnung neuer Telegraphenstellen. — Keine Abänderung des Münzgesetzes. — Anzahl der Garnisonen des deutschen Heeres.] Die „Germania“ enthält einen Hofbericht, wonach der Kaiser in den ersten Tagen des Octobers hier wieder eintrete und die Regierung wieder übernehmen werde. Das ist jedenfalls irrtümlich, denn es sind noch gar keine Bestimmungen über die Dauer seines Aufenthalts in Baden getroffen worden. Es dürfte sogar unwahrscheinlich sein, daß der Kaiser in der ersten Hälfte des Octobers zurückkehren sollte. — Die Mittheilung der „Wes.-Btg.“ über die Zusammensetzung des Kriegsgerichts in Sachen des „Großen Kurfürsten“ ist jedenfalls etwas voreilig, da in den zuständigen Kreisen noch keine Anordnung darüber getroffen worden ist. — Die näheren Anordnungen in Bezug auf die Absahrt des unter dem Commando des Captain zur See MacLean stehenden „Prinz Adalbert“, auf welchem bekanntlich Prinz Heinrich und die mit ihm in diesem Jahre eingetretenen Cadetten ihre zweijährige Probefahrt antreten sollen, sind noch nicht getroffen und erwartet man dieselben bald nach der Rückkehr des Kronprinzen aus Baden-Baden. — Offiziell wird geschrieben: In liberalen Blättern wird ein Gericht verbreitet, daß die Regierung, falls das Socialisten-Gesetz nicht zu Stande komme, einen anderen Gesetzentwurf auf dem Boden des gemeinsamen Rechts dem Reichstag vorlegen werde. Dies enthebt der Begründung, denn die Regierung hält eine wirksame Bekämpfung der Socialdemokraten nur durch ein Specialgesetz möglich und wird daher auch unter diesem Gesichtspunkt jedenfalls weiter handeln. — In das heisige Polizeipräsidium ist, wie schon gemeldet worden, der Ober-Reg.-Rath v. Schlickmann berufen worden. An dessen Stelle ist zum Drogenen der ersten Abtheilung bei der Regierung zu Gumbinnen der Reg.-Rath Siehr, bisher Vorsitzender des dortigen Verwaltungsgerichts, ernannt worden. — Für den Monat October ist die Eröffnung von 15 neuen Telegraphen-Anstalten, darunter sieben mit Fernsprechern,

in Aussicht genommen. — Nach Berliner Blättern soll dem Bundesrath von Seiten der Reichsregierung in nächster Zeit eine Vorlage zu gehen, welche eine theilweise Abänderung des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873, und zwar speziell des Artikel 4 dieses Gesetzes, bevekt. In maßgebenden Kreisen ist, wie uns berichtet wird, von der Absicht, eine solche Änderung vorzunehmen, nichts bekannt. — Die Mittheilung Berliner Blätter, daß gestern das Staatsministerium Sitzung gehalten habe, ist falsch; es hat nur, wie bereits gemeldet, eine Sitzung des Bundesrathes stattgefunden. — Die Armee des Deutschen Reiches ist, — mit Auschluß der bayerischen Truppen — nach einer für das vierte Quartal 1878 aufgestellten Nachweisung in 380 Garnisonen vertheilt.

= Berlin, 1. October. [Sitzung des Bundesrathes. — Die Reichsregierung und die Beschlüsse der Commission für das Socialisten-Gesetz. — Unterredung Bismarck's mit Bennigsen. — Sitzung der Commission für das Socialisten-Gesetz.] Gestern Nachmittag fand eine vertrauliche Sitzung des Bundesrathes unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Fürsten Bismarck statt, welche mehrere Stunden wähnte und lediglich die Stellung der Regierungen zu den Beschlüssen der Commission über das Socialisten-Gesetz zum Gegenstande hatte. Der Inhalt der Berathung, welche ohne Hinzuziehung des Protokollführers stattfand, entzieht sich selbstverständlich der näheren Kenntnis. Man weiß nur, daß sämtliche z. B. hier anwesende Mitglieder des Bundesrathes der Sitzung beiwohnten und Fürst Bismarck sich sehr lebhaft und eingehend an den Debatten beteiligte. Im Großen und Ganzen wird sich bestätigen, was wir über die Grenzen mitgetheilt haben, in denen sich die Regierung der Commission gegenüber bewegen will. Für unannehmbar bezeichnet dieselbe die von der Commission beschlossene Zeitbeschränkung auf 2½ Jahre. Es gilt als sicher, daß mindestens eine Zeitspanne von fünf Jahren von der Regierung gefordert wird, wenn dieselbe überhaupt auf eine Zeitbeschränkung eingeht. Für unannehmbar bezeichnet die Regierung ferner das System der Verwarnung vor dem Eintritt des Verbots von Druckschriften. Bezuglich der Recursinstanz wird die Regierung, wie es scheint, eher bereit sein, den Commissions-Beschlüssen — Antrag Lasker ist bekanntlich eine Reproduction des früheren preußischen Regierungs-Vorschlags — zuzustimmen, obschon die süddeutschen Minister noch stark dagegen zu Gunsten des Bundesrathes-Ausschusses protestieren. — Über die Unterredung, welche der Fürst Bismarck mit dem Abg. von Bennigsen, als dem Vorsitzenden der Commission, hatte, hört man in Abgeordnetenkreisen, daß der Fürst lediglich dabei die Nothwendigkeit betont hätte, die Vorlage nach den Beschlüssen der Regierung mit dem Reichstage zu vereinbaren. — Die heutige Commissions-Sitzung, in welcher bis auf den Abgeordneten von Stauffenberg sämtliche Mitglieder, sowie alle bundesstaatlichen Justizminister und der Präsident des Reichskanzler-Amts, Hofmann, sich befanden war auch sonst von zuhörigen Abgeordneten sehr zahlreich besucht. Man hatte allgemein das Erscheinen des Fürsten-Reichskanzler erwartet. Diese Erwartung hatte sich nicht bestätigt. Die Zahl der bisher eingebrochenen Anträge ist durch neue des Abg. Lasker zu § 1 a, von Göhler zu einer ganzen Reihe von Paragraphen und ebenso der Abg. von Schwarze und von Puttkamer vermehrt worden. Abg. Lasker übergibt eine schriftliche Motivirung der von ihm in erster Lesung gestellten und angenommenen Anträge zu § 1. Diese Erklärung beschließt man nach längerer Debatte in das Protokoll bezw. in den schriftlichen Bericht aufzunehmen. Der Staatsminister Graf Gulenburg giebt im Namen der verbündeten Regierungen Erklärungen zu den Hauptbeschlüssen erster Lesung ab, in denen wohl das Resultat der gestrigen Bundesrathsitzung zu betrachten ist. Diese Erklärungen richten sich zunächst gegen die Lasker'schen Definitionen zum § 1. Die Regierungen wünschen das Wort „Untergrabung“ für „Umsturz“ (bezw. der Staats- und Gesellschaftsordnung als Grund für Vereinsverbote) wiederhergestellt zu sehen. Denn es muß auch den, auf altmäßigen Umsturz gerichteten Bestrebungen entgegengetreten werden. Ferner wünscht die Regierung Streichung der Worte „in einer den öffentlichen Frieden und die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“ im § 1, wie die Commission bez. der Versammlungen zu § 5 bereits selbst beschlossen habe. Bezuglich der Construction der Beschwerde-Instanz im § 19 erschien der von der Commission gegebene Rahmen annehmbar mit zwei Modifikationen, daß 1) die richterlichen Mitglieder nicht nur aus den höchsten Landesgerichten, sondern auch aus den Oberverwaltungsgerichten entnommen werden können; 2) die Ernenntung des Vorsitzenden durch den Kaiser allein unabhängig von der Wahl des Bundesrathes erfolge. Bezuglich des Zeitraumes für die Dauer des Gesetzes erscheine die Frist nach den Beschlüssen der ersten Lesung (1. März 1881) nicht annehmbar, weil sie weitaus zu kurz sei. Die Verhandlung über § 1 wird hierauf ausgesetzt und geht über zu den Anträgen der Subcommission über die genossenschaftlichen Kassen und den hierzu vom Abg. Lasker gestellten Unteranträge. Die letzteren werden nebst weiter hierzu eingebrochenen Amendements des Abg. Brüel abgelehnt und die Anträge der Subcommission mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Annahme der Anträge der Subcommission zu den §§ 2, 3, 4 erfolgt mit 13 gegen 7 Stimmen. Zu Absatz 2 des § 2 und § 4 werden noch wesentlich redaktionelle Änderungen nach den Vorschlägen der Abg. v. Göhler, v. Schwarze und v. Puttkamer angenommen. Die nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

■ Berlin, 1. Oct. [Zweite Lesung des Socialisten-Gesetzes. — Bismarck's Theilnahme an Commissions-sitzungen. — Conservative Landtagswahlen. — Farbenblindheit der Eisenbahnbemühungen. — Neuleaux und die Wahl in Mühlhausen. — Landes-Ausschüß von Elsaß-Lothringen.] Die ablehnende Haltung der Regierung zu den Cardinalpunkten des Socialisten-Gesetzes, wie sie von der Mehrheit der Commission der ersten Lesung beschlossen worden, bilden selbstverständlich das Tagessgespräch der politischen Welt Berlins. Unvorbereitet hat dieses Ereignis die leitenden Persönlichkeiten innerhalb der parlamentarischen Kreise nicht getroffen. Der Vorsitzende der Commission, Abg. v. Bennigsen, hatte gestern mit dem Fürsten Bismarck eine Konferenz, und andere Mitglieder der Commission, welche Fühlung mit Bundesräthen und sonstigen, der Regierung nahestehende Personen haben, wußten von der Übereinstimmung Mittheilung zu machen, welche in maßgebenden Regionen über die Unannehmlichkeit der sogenannten Commissionsbeschlüsse herrschte. Man gab sich nicht länger der Illusion hin, daß die Lasker'schen Amendements bei der heutigen zweiten Lesung eine Mehrheit finden würden, und so erklärt sich auch die Haltung ihres Antragstellers. Er verfasst bei Eröffnung der Sitzung eine Erläuterung seines Amendements zu § 1, welche motioirt, weshalb er die Unterschiede zu dem Paragraphen der Regierungsvorlage geändert hat. Damit war das Signal zu den Erklärungen der Regierung und den Conservativen gegeben. Der Minister Graf Gulenburg erklärte Namens der Regierung: Es sei dringend wünschenswerth, anstatt des Wortes Umsturz das Wort Untergrabung hinzustellen, und die Worte „in einer den öffentlichen Frieden und die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise“ zu streichen. Graf Gulenburg erklärte ferner zu § 19 (Bundesrath-Commission als Beschwerdeinstanz): Die Regierung fordert, daß der Vorsitzende und dessen Stellvertreter frei durch den Kaiser (nicht nach Wahl des Bundesrathes) ernannt werde. Endlich erklärt er sich gegen eine Fristverlängerung des Gesetzes, jedesfalls gegen die zu kurze Frist von 2½ Jahren. Abg. v. Kareldorf erklärt Namens seiner Partei, nachdem er die Erklärungen des Abg. Lasker gehört, könne er und seine Freunde nicht mehr für die Lasker'sche Fassung des § 1 stimmen. Aus diesen Vorgängen geht hervor, daß der Abg. Lasker den letzten Versuch anstellt, seine Anträge der Regierung annehmbar zu machen und sich gleichzeitig vor dem Lande durch eine schriftliche Motivirung über sein Verfahren zu rechtfertigen. Der Effect dieses Schrittes war, daß die Beschlußfassung über § 1 auf die morgige Sitzung verlegt worden ist. Indessen wird sich Niemand darüber mehr täuschen, daß nunmehr der § 1 nach seiner ursprünglichen Fassung in der Regierungsvorlage angenommen werden wird. Eine sehr aufregende Debatte entspann sich über die von der Subcommission eingebrochenen Abänderungen über den § 19, betreffend die genossenschaftlichen Kassen. Hierzu beantragte Abg. Lasker verschiedene Unteranträge, zu den sich jedoch der Minister Graf Gulenburg ablehnt und verhindert. Der Minister gab zu, daß auch die eingetragenen Genossenschaften und die registrierten unter das Gesetz fallen sollten. Aus den weiteren Erklärungen der Bundes-Commission ging hervor, daß auch Aktiengesellschaften und Commanditgesellschaften auf Aktien solcher Art unter „Verbindungen“ begriffen werden, welche das Ausnahmegesetz trifft. Abg. Lasker bemerkte dazu: Damit erhoffe sich eine ganz neue Ansicht von dem Gesetze, ganz Deutschland werde über diese Ausdehnung, die man demselben geben wolle, erschrecken. Der principielle Antrag Laskers wurde mit 14 gegen 6 Stimmen, der eventuell mit 11 gegen 9 Stimmen abgelehnt; § 12 der Sub-Commission mit 12 gegen 8 St. angenommen. Die übrigen §§ (2 bis 4) wurden ebenfalls in der Fassung der Subcommission angenommen. Es ist allerdings seit Jahren nicht vorgekommen, daß der Reichskanzler den Sitzungen der parlamentarischen Commissionen teilgenommen hat. Aber so ganz unerhört wäre das Ereignis dennoch nicht, wie es in verschiedenen Blättern dargestellt wird. „Die ältesten Parlamentarier erinnern sich kaum“, lesen wir hier und da, „den Reichskanzler jemals einer Commission beiwohnen gesehen zu haben.“ Das ist nicht richtig: es gibt im Reichstage noch eine ganz erkleckliche Anzahl von Männern, welche schon vor der Umbildung des Jahres 1866 in der preußischen Volksvertretung saßen und jetzt noch häufig der Zeit gedenken, wo der damalige Ministerpräsident von Bismarck ein täglicher Gast der ihm feindlich gesinnten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses war und gerade hier wichtige Andeutungen über die Ziele seiner Politik gab, die er in öffentlicher Sitzung nicht machen wollte und deren Tragweite erst durch die späteren welthistorischen Ereignisse völlig klar gestellt worden ist. — Der Aussall der gestrigen Ersatzwahl zum Abgeordnetenhaus in Sorau, wo an Stelle des bisherigen nationalliberalen Abgeordneten Scholz der conservativen Landrath von Lessing gewählt worden ist, wird von denselben wieder ausgehend werden, welche der Regierung den Rath geben möchten, den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Auflösung des Landtags zu benutzen, um wo möglich eine conservative Mehrheit zu erzielen. Es läßt sich ja nicht leugnen, daß bei den Ersatzwahlen dieses Jahres in Preußisch-Holland-Mohrungen und im Kreise Fürstenthum gerade so wie jetzt in Südbayern, an die Stelle der früheren liberalen Vertreter Conservative vom reinsten Wasser gekommen sind, obgleich dieselben Wahlmänner-Körperschaften zur Wahl berufen waren, welche vor zweihundert Jahren in ihrer Mehrheit für die liberalen Kandidaten gestimmt haben. Es läßt sich ferner nicht verkennen, daß besonders in den ländlichen Bezirken des Ostens der Monarchie noch manche bisher liberale Seite schwer bedroht erscheinen. Aber so lange der Kulturmarsch noch andauert und das Centrum noch existiert, kann eine Auflösung so wenig eine conservative Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu Stande bringen, wie sie es beim Reichstage vermocht hat. Solche Erwägungen werden auch an maßgebender Stelle, speziell beim Fürsten Bismarck, durchschlagend sein und ihn abmahnern, dem Antriebe zu folgen, der in den wiederholten conservativen Siegen bei den gelegentlichen Einzelwahlen gefunden werden könnte. Nach diesen jüngsten Erfahrungen in Pommern und Schlesien fängt man übrigens in fortschrittlichen Kreisen an, für Angerburg zu sorgen, dessen Mandat Herr von Saucken-Tarpuschen vor Kurzem niedergelegt hat. Gerade in Ostpreußen ist es schon häufiger vorgekommen, daß dieselben Wahlmänner erst fortschrittlich und dann conservativ oder umgekehrt gewählt haben. — Die königlichen Eisenbahn-Verwaltungen in Preußen haben in letzter Zeit befannlich Untersuchungen bei den im Bahnbetriebe angestellten Beamten in Bezug auf Farbenblindheit anstellen lassen. Dieselben haben leider das Ergebnis geliefert, daß einer überraschenden Anzahl von Bediensteten, welche die Farben der Sicherheits-Signale, Roth und Grün, in den verschiedenen Abstufungen nicht zu unterscheiden vermochten, die Stellung hat gekündigt werden müssen. Für die Betroffenen ist das ein hartes Schicksal, aber die Sicherheit des öffentlichen Dienstes erlaubte hier allerdings keine Schonung. — Die Reichstags-Nachwahl in Mühlhausen-Langensalza ist der Gegenstand sehr eingehender und leider auch sehr unerquicklicher Erörterungen in der Tagespresse gewesen. Heute erscheint nun endlich eine Kundgebung von dem soeben aus Frankreich zurückgekehrten Professor Neuleaux, die, wenn sie auch keine volle Aufklärung giebt, doch den seltsamen Hergang bei der Nach- und Stichwahl deutlicher erkennen läßt. Danach scheint die Sache so gelegen zu haben: Neuleaux ist von einem liberalen Comite in Mühl-

hausen als Kandidat aufgestellt, erfährt aber kurz vor der Wahl auf einer amtlichen Reise aus den Zeitungen, daß man in Sommerda die Wahl Wölfels wünscht. Daß der letztere, der gerade in Italien weilte, von dort aus abgelehnt hat, erfährt er nicht, wenigstens nicht früh genug, glaubt, er müsse dem langjährigen Parlamentarier gegenüber zurücktreten und bittet telegraphisch, von seiner Wahl abzusehen. Den motivierenden Brief erhält das Comité nicht mehr vor dem Wahltermin, zur Aufführung eines anderen Kandidaten ist es zu spät, und so muß man wohl oder übel an Neulaur festhalten, der so viel Stimmen auf sich vereinigt, daß er mit dem Grafen Bismarck in die engere Wahl kommt. Dieser hat er sich nun nicht einzeln wollen, aber die Briefe, in denen er diese seine Absicht der Wählerschaft anzeigt, wandern durch ein nicht aufgeklärtes Mitzgeschick von Frankreich nach Mühlhausen im Elsaß, so daß man in Thüringen ohne Nachricht bleibt und nun annimmt, der liberale Kandidat habe auf seiner Ablehnung. Die Folge davon ist dann die Wahlnahme der Liberalen gewesen. Uebrigens behauptet Neulaur, daß von keiner Stelle aus ein Einfluß auf ihn geübt worden sei, um ihn zur Zurücknahme seiner Kandidatur zu bewegen. — Der Elsaß-Lothringische Landesausschuss tritt im November wieder zusammen, um den Etat und sonstige laufende Geschäfte zu erledigen. Bei dieser Gelegenheit werden abermals der Antrag betreffs Erweiterung der Landesvertretung und sonstige, die Autonomie der Reichslande betreffende Angelegenheiten besprochen werden.

[Papst Leo XIII. und die deutschen Ultramontanen.] In der heutigen eingetroffenen „Germania“ lesen wir folgende gewundene Auslassungen: Das Schreiben des h. Vaters an den Cardinal-Staatssekretär Nina beschäftigt immer noch die gesamte Presse in der lebhaftesten Weise. Das Actenstück ist ein Programm für die Thätigkeit des neuen Staatssekretärs; es ist ein neuer Beweis vor der hohen Weisheit und allumfassenden Fürsorge des h. Vaters für die gesamte katholische Welt. Uns interessiert vor Allem der Passus, welcher sich mit den deutschen Angelegenheiten beschäftigt.

Den kleineren Streit, wer die erste Hand zu den Verhandlungen geboten, kann man füglich fallen lassen; unsere Ansicht darüber ist genugsam dargebracht und, wie uns scheint, unwiderrulegt geblieben. Der Papst giebt in warmen Worten der Hoffnung Raum, daß die eingeleiteten Verhandlungen „einen wahren, soliden und dauerhaften Frieden“ herbeiführen werden, der in gleicher Weise der Kirche wie dem Staate zum Heile und Glück dienen werde; denn das Reich würde nach Bevölkerung der Gewissen in den Söhnen der katholischen Kirche wie ehemals seine treuesten und hochherzigsten Untertanen finden.“

Nach den früheren vergeblichen Bemühungen der „liberalen“ und offiziösen Presse, Widersprüche zwischen dem apostolischen Stuhle einerseits und dem Centrum und den deutschen Katholiken andererseits auszuspüren, darf es nicht überraschen, wenn man auch jetzt glauben machen will, daß das Schreiben des Papstes dem Centrum und den ultramontanen Presse höchst unbehagen sei und in schneidigem Kontraste zu der politischen und publicistischen Vertretung der Katholiken stehe. Für verständige Leute bedarf es der Versicherung vom Gegenteil nicht; aber für die mehr oder weniger gebohrten Fasziens der „liberalen“ und offiziösen öffentlichen Meinung ist es nothwendig, diese Versicherung zu wiederholen.

Die Katholiken blicken mit vollstem Vertrauen nach Rom; sie werden es mit Freuden begrüßen, wenn es der erhabenen Weisheit des h. Vaters gelingt, den unseligen Kampf durch einen „wahren, soliden und dauerhaften Frieden“ zu beenden. So start unter Vertrauen auf die Fürsorge und Weisheit des heiligen Stuhles ist, so schwach ist unsere Überzeugung auf den Willen unserer Regierung. Die Regierung kennt das katholische Volk nunmehr nach siebenjährigem Kampfe genügend und weiß, daß sie überall einem Misstrauen begegnet, das zu beseitigen ihr sehr schwer fallen wird. Es kann darum nicht bestreitlich sein, wenn auch jetzt die katholische Bevölkerung den Versicherungen offiziöser Organe von der Friedensliebe der Regierung mißtraut gegenübertsteht, um so weniger, als in denselben Momenten in Osten und Westen der Monarchie die Maigesetze mit einer fast ungewohnten Härte ausgeführt werden. Wenn offizielle Kundgebungen die Nachricht verbreiten, „daß das Schreiben des Papstes in Folge einiger Hindernisse veröffentlicht worden sei, welchen die Verhandlungen mit Deutschland begegneten, und zwar wegen des Misstrauens der deutschen Katholiken gegen die Regierung und wegen des Misstrauens der Centrum-Deputirten, welche die Verhandlungen nur für einen Vorwand hielten, um sie zu bewegen, mit der Regierung zu stimmen, daß also die Veröffentlichung des Schreibens sonach den Zweck habe, die Katholiken und Deputirten zu überzeugen, daß die Unterhandlungen ernst gemeint seien“, so mag dies gewisse Wünsche der Regierung ausdrücken, sicherlich aber nicht die Motive, welche den Heiligen Vater zur Veröffentlichung seines Schreibens veranlaßten.

Die Stellung des Centrums und der Katholiken gegenüber den etwaigen Verhandlungen zwischen Rom und Berlin ist so klar und so sehr von selbst gegeben, daß jeder Zweifel und jedes Schwanken ausgeschlossen bleibt. Nicht das Centrum verhandelt mit der Regierung, sondern Rom; das Centrum ist also nicht in der Lage, etwas bieten oder verweigern zu können; als politische Vertretung des katholischen Volkes hat es die staatsbürglerlichen Rechte und Freiheiten derselben — und vor Allem die religiöse Freiheit — zu vertheidigen, zu schützen und wiederzuerobern, wo sie verloren sind; es ist nicht berechtigt, einem Waller gleich, zu schämen und um problematische Concessions werthvolle Rechte preiszugeben. Seine Stellung und Haltung sind durch sein Programm und seine bewährten Grundsätze gegeben.

Rom hat niemals irgend eine politische Action des Centrums zu beeinflussen gesucht; es wird auch niemals solche Einflüsse suchen. Wenn eine Vereinbarung zwischen Rom und Berlin zu Stande kommt, so werden das Centrum und die Katholiken dieselbe mit der Christlichkeit und dem Gethorium respektieren, die sie dem apostolischen Stuhle zu erweisen gewohnt sind. Nichtdestoweniger wird das Centrum auch nachher seine Pflicht stets erfüllen, die Interessen, Rechte und Freiheiten des Volles nach seinem Programm zu fördern und zu vertheidigen. Die Aufgaben des Centrums gehen eben über die Zeit des „Culturkampfes“ hinaus.

Wenn die Regierung den Kampf beendet, der sie zu den verhängnisvollen Maßregeln gebrängt hat, wird sie allerdings das Centrum in vielen Punkten der Opposition überheben; zunächst in kirchlichen Angelegenheiten, wenngleich auch dann dem Centrum noch große Aufgaben obliegen werden; vielleicht auch auf anderen Gebieten, wenn die Hoffnung uns nicht täuscht, daß die Regierung sich nach Beendigung des verbitternden, die gesamte Staats-Verwaltung beeinflussenden Streites besseren Anschauungen zuwenden.

[Proces Loß.] Fürst Bismarck wird, wie der „Börs.-Cour.“ berichtet, am Freitag als Zeuge vernommen werden. Nachdem das wider den Herrn v. Loß wegen Bismarckbeleidigungen ergangene Urteil des Kammergerichts vom 29. September 1877 durch Beschluss des Obertribunals vom 22. März dieses Jahres vernichtet worden ist, hat das Kammergericht einen Termin beabsichtigt, um der Bismarck zu diesem Termine vorzuladen, um sein Zeugnis darüber zu vernnehmen, ob ein Protest gegen die Ernennung des Grafen Arnim als Postbeamter in London eingelegt worden ist. Bekanntlich hat Herr v. Loß bestritten, daß dieser Protest von der englischen Regierung eingezogen worden sei und beantragt, erstens diplomatische Sachverständige darüber zu vernehmen, ob Fürst Bismarck nach den maßgebenden Grundsätzen des diplomatischen Geschäftsbetriebs berechtigt gewesen sei, einen nicht von der englischen Regierung empfangenen Protest schlechthin als einen Protest gegen die Ernennung des Grafen Arnim zu bezeichnen, und zweitens den zur Zeit des Protests im Amte gesessenen englischen Minister Lord Granville und Mr. Gladstone, welche den Protest in Abrede gestellt haben, darüber vorzehmen zu lassen.

[Wie sich die Socialdemokraten helfen.] Der in längster Zeit von der socialdemokratischen Presse vielfach ventilirte Vorschlag, die beschäftigten Parteigenossen möchten sich zu literarischen Birkeln vereinigen, nimmt hier in Berlin bereits Fleisch und Blut an. Beweis hierfür ist folgende Annonce der „Berl. Fr. Br.“: „Parteigenossen, welche gewillt sind, einem allwochenlich einmal stattfindenden literarischen Kränzchen beizutreten, belieben ihre Adresse abzugeben unter (folgt die betreffende Chiſſe). Und damit man nicht um ein entsprechendes Verfallungslocal verlegen ist, ländigt ein Parteigenosse gleich dahinter an, daß bei ihm ein Zimmer „für 20 bis 30 Mann“ zu vergeben sei.

Schwerin, 28. Septbr. [Zur Gerichts-Organisation.] Wie die „Rostocker Zeit.“ erfährt, hat die großherzogliche Landesregierung zu Neu-Strelitz nunmehr den Entschluß gefaßt, von der Errichtung eines besonderen Landgerichts für das Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz abzusehen und sich mit ihrem Gebiete den diesseitigen Landgerichten zu Güstrow und Schwerin anzuschließen. In Folge dessen würden die mit den Ständen vereinbarten Abgrenzungen der

Bezirke der genannten beiden Landgerichte sowie des in Rostock zu errichtenden Landgerichts einige Abänderungen erfahren müssen.

Darmstadt, 30. September. [Antrag auf Änderung des Wahlsystems.] Wie das „F. J.“ aus Abgeordnetenkreisen verfügt, wird in der ersten Sitzung der zweiten Kammer ein Antrag bezüglich der Einführung des direkten Wahlrechtes bei den Wahlen zu dem hessischen Landtag eingebracht werden.

Würzburg, 26. Sept. [Versammlung der katholischen Volkspartei.] Gestern fand hier eine zahlreiche befreite Versammlung der katholischen Volkspartei statt, an welcher gegen 70 Geistliche aus dem Frankenlande Theil nahmen. Nach mehreren Reden über die Ziele der katholischen Volkspartei, über die Wucherfrage, die gewerbliche Lage, sowie über die notwendig zu untersuchende katholische Presse empfahl der Vorsitzende, Herr Dr. Sigl, mit kurzer Motivirung die nachfolgenden Resolutionen zur Annahme: 1. Die katholische Volkspartei in Bayern erlebt in dem angeblich gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Gesetzentwurf, welcher augenblicklich im deutschen Reichstag berathen wird, einen gegen die politische und soziale Freiheit des deutschen Volkes gerichteten Angriff. 2. Die katholische Volkspartei befürchtet, daß auf dem damit betretenen Wege unter Beteiligung in unabsehbarem Unglück gefährdet wird. 3. Die katholische Volkspartei ist der Überzeugung, daß die sociale Gefahr bloss auf dem Wege von Reformen auf politischem Gebiet sich befreiten lassen wird, und erwartet nur von der Erfüllung berechtigter Forderungen der arbeitenden Klassen Verhinderung derselben und Abwendung der befürchteten Gefahren. 4. Die katholische Volkspartei ist schließlich der Überzeugung, daß ohne die Unterstützung und Mitwirkung der katholischen Kirche eine befriedigende Lösung der sozialen Fragen unmöglich ist.“ Diese Resolutionen fanden die allgemeine Zustimmung und den Beifall der Versammlung.

Ö ster r e i ch.

Pest, 30. Septbr. [Die Ministerkrise.] Der „Pest. Ld.“ schreibt über die augenblickliche Lage:

Die Berathungen der ungarischen Minister haben durch die Reise des Ministerpräsidenten Tisza und des Ministers am königlichen Hoflager, Baron Wendheim, nach Wien eine Unterbrechung erfahren, deren Dauer sich augenblicklich nicht bestimmen läßt. Die beiden genannten Mitglieder des ungarischen Cabinets dürften noch im Laufe des heutigen Vormittags vom Kaiser empfangen werden und hierbei Gelegenheit haben, an allerhöchster Stelle die Schwierigkeiten auseinanderzusehen, welche sich namentlich vom finanziellen Standpunkte aus dem ferneren Vorgehen der ungarischen Regierung in den Weg stellen, so lange die Kosten der Occupation eine ganz unverhütbare und incommensurable Größe bilden, da hierdurch dem Cabinet die Möglichkeit fehlt, wenigstens mit Sicherheit darüber ins Reine zu kommen, ob Ungarn überhaupt und auf welchem Wege es den ihm zufallenden Theil dieser Kosten aufzubringen in der Lage sei. Wie es scheint und wie dies ja auch in der Natur der Sache liegt, ist es in erster Linie der Finanzminister Szell, der vor der Verantwortung zurücktritt, sich für Leistungen zu engagieren, deren Umsang und Grenzen ihm nicht wenigstens annähernd bekannt sind. Das Vertrauen, das ihm, man darf es wohl sagen, die gesamte europäische Finanzwelt entgegenbringt, wurzelt eben in der Überzeugung dieser Kreise, daß sie es hier mit einem ehrlichen, gewissenhaften Manne zu thun haben, der stets hält, was er spricht, und daher auch nichts verträgt, was er unter den obwaltenden Verhältnissen und in genauer Kenntnis der Kräfte des Landes nicht auch wirklich leisten kann können. Ob Szell bestreitlich werden die Sumpel des Finanzministers, die demselben jedenfalls nur zur Ehre gereichen können, auch von seinen Collegen gehabt, und jene beiden Mitglieder des Cabinets, welche gestern Abends nach Wien gingen, haben, wie gesagt, die Mission, die eben skizzierten Anschauungen auch an a. h. Stelle darzulegen.

Ellendorf meldet aus Wien: „Der Kaiser empfing heute Morgens zuerst Baron Wendheim, sobann den Minister-Präsidenten v. Tisza. Nach diesen Audienzen wurde Finanzminister Szell telegraphisch verständigt, daß seine Unwesenheit nothwendig erscheine. Hier sind Gerüchte verbreitet, daß die finanziellen Consequenzen der bosnischen Occupation und namentlich der exorbitanten Forderungen der Militärpartei eine ungarische Cabinetskrise herausbeschworen haben, und daß diesbezüglich gestern im Ministerrathe zu Pest Beschlüsse gefaßt worden seien.“ Dazu erklärt die Redaction des Ellendorf: „Wir können unsererseits hierzu nur so viel bemerken, daß unserer Ansicht nach in der That die ernstesten Krisen zu befürchten stehen.“ (Vermischlich hat inzwischen das gesamte Ministerium seine Demission gegeben. Anm. d. Red.)

F r a n k r e i ch.

Paris, 29. Septbr. [Über das schon erwähnte Rundschreiben des Unterrichtsministers] schreibt man der „A. Z.“: Das „Amtsblatt“ bringt heute ein Rundschreiben des Unterrichtsministers, worin derselbe die Bestimmung abändert, welche von dem Kaiserreich und von Jules Simon (im Jahre 1871) den Präfecten betreffs der Ernennung der Elementarschullehrer ertheilt wurden. Nach dem Gesetz von 1850 hatten die Gemeinderäthe das Recht, die Schullehrer zu ernennen. Das Kaiserreich änderte dies ab und ertheilte durch ein Gesetz den Präfecten die Vollmacht zur Ernennung, doch sollten sie vorher die Gemeinderäthe zu Rathe ziehen. Bald wurde letzteres indeß nicht mehr beachtet. Jules Simon, der, als er 1871 Unterrichtsminister unter Thiers war, sich der Geistlichkeit angemessen machen wollte, ertheilte den Präfecten die Weisung, die Gemeinderäthe zwar zu fragen, aber deren Gutachten keine Rechnung zu tragen, falls der Unterrichts-Departementalrat sich für die entgegengesetzte Ansicht ausspreche. Die Weisungen des Ministers Bardoux aber legen den Präfecten auf, die Gemeinderäthe bei jeder Ernennung eines Schullehrers zu befragen und ihren Wünschen, in so fern der Unterricht durch Laien oder Geistliche in Rede ist, so viel als möglich zu entsprechen. Betreffs der Ernennung der Person des Lehrers behält der Präfect, so wollen es die unter dem Kaiserreich erlassenen Gesetze, volle Freiheit; — aber er muß auf die Wünsche der Gemeinde-Räthe Rücksicht nehmen und ist berechtigt, aber nicht mehr genötigt, die Departementalräthe zu fragen.

[Der Effectiv-Bestand der Armee für 1879] ist im Budget auf 496,442 Mann und 124,279 Pferde festgesetzt. Mit einbezogen ist die republikanische Garde und die Gendarmerie, im Ganzen 27,132 und 13,480 Mann. Die eigentliche Armee besteht also aus 469,310 Mann und 110,799 Pferden, wovon sich in Algerien 52,424 Mann und 15,756 Pferde befinden. Der Unterhalt dieser ganzen Armee (republikanische Garde und Gendarmerie mit einbezogen) kostet 553,043,150 Francs. Die Zahl der einjährigen Freiwilligen wurde vom Kriegs-Minister auf 6810 Mann für 1879 festgesetzt. Davon werden 3340 der Infanterie, 1700 der Cavallerie, 950 der Artillerie, 302 dem Genie, 200 dem Train und 228 dem Corps der Commiss und der Arbeiter der Militär-Verwaltung einverlebt. Die Prämien, welche die einjährigen Freiwilligen zu bezahlen haben, belaufen sich auf 14,107,500 Francs (1500 jeder Freiwillige). Nächstes Jahr soll eine neue Klasse Reservisten einberufen werden, für welche die Regierung 9 Millionen verlangt. Eine neue Klasse der Territorial-Armee wird ebenfalls unter die Waffen berufen werden. Die Zahl der Rekruten, welche 1879 der Armee einverlebt werden, beträgt 165,098 Mann, nämlich 107,113 Mann für die Infanterie, 18,085 für die Cavallerie, 24,647 für die Artillerie, 4718 für das Genie, 5759 für die militärischen Equipagen, 5316 für die Verwaltungsoldaten. In diesen 165,098 Mann sind die 62,000 Mann des zweiten Theils des Contingents mit einbezogen, die sechs Monate bis 1 Jahr zu dienen haben.

[Militärisches.] Die „République Française“ beschäftigt sich heute wieder mit den Uniform-Reformen der Armee. Sie empfiehlt den Dolman statt Weste und Tunika, eisert gegen die roten Hosen als Zielscheiben und empfiehlt nach Befüllung der Zelle eine Decke, die außen tauftuchartig, innen Wolle hat und bei Marschen zugleich als Poncho übergeworfen werden kann, also gegen die Feuchtigkeit der Nacht und den Regen bei Marschen zugleich dient; sie ist gegen die Gamasken und empfiehlt als Kopfbedeckung einen leichten Helm von Filz mit Schirm und Nackenschutz und oben mit einer kleinen Haube.

[Bourbaki.] Der in Lyon ein Heerescorps schon seit mehr als drei Jahren befehlende General Bourbaki ließerte der Regierung einen awingenden Anlaß, auf der strengsten Beobachtung des Gesetzes zu bestehen, wonach die Heerescorpscommandanten alle drei Jahre gewechselt werden müssen. Während der neuerlichen Feldübungen trieb Bourbaki persönlich die bonapartistische Propaganda gegen die Republik. Hier ein Beispiel aus zahlreichen der obersten Sicherheitsbehörde gemeldeten Fällen. Aus einem savoyischen Dorfe befand sich ein verhetzter Gastwirt, Vater zweier Kinder, unter den für 28 Tage einberufenen Reservisten. Nachdem Bourbaki ihn über seine Familienverhältnisse ausgefragt hatte, stellte er ihm die verängstigte Frage: ob die 28 Tage Abwesenheit vom Geschäft und von der Familie ihn amüstrien? „Die 28 Tage“, fügte er hinzu, „verdanken Sie der Republik: eine solche Landplage“ würde unter dem Kaiserthum nicht vorkommen.“ Der Reservist fertigte den Heerescommandanten mit der Entgegnung ab: daß ihm für die Republik nicht nur 28 Tage, sondern sogar 5 Jahre nicht zu viel wären. Der Marschall Mac Mahon selbst begreift die Nothwendigkeit, einen solchen Unzug politischer Oppositionsgenerale nicht länger zu dulden.

[Schwimmprobe.] Gestern fanden auf der Seine, der Insel der Grande-Jatte gegenüber, Versuche mit dem Apparat des ungarnischen Honved-Lieutenantis Zubowitz statt. Dieser Apparat, der dazu bestimmt ist, dem Pferd das Durchschwimmen eines Flusses zu erleichtern, besteht aus einer Art von Tropf aus Kautschuk, der um den Sattel herumgelegt wird und welchen der Reiter vermittelst eines Rohrs aufbläst. Der erste Reiter, welcher den Fluß mit seinem Pferde in voller Feldtracht durchschwimmt, war ein Kürassier; ihm folgte ein Dragoon. Man ließ dann Pferde, die nie im Wasser gewesen waren, ohne Reiter, indem man sie an einem Seile festhielt, den Fluß durchschwimmen. Zubowitz und einer seiner Freunde, der österreichische Ingenieur Huber, bestiegen hierauf zwei Kürassierpferde und brachte jeder fünf Infanteristen über den Fluß und wieder zurück. Dieselben hielten sich an einem Seile, welches am Pferde befestigt war. Wie man behauptet, soll ein einziges Pferd 30 Mann befördern können; da das Wasser aber kalt war, so fanden sich nur 10 Mann, welche ein Bad nehmen wollten. Eine militärische Commission, an deren Spitze der Reiter-General de Bonnemains stand, wohnte den Versuchen an und erklärte, daß dieselben vollkommen gelungen seien. Die Zahl der Offiziere, die sich im Ganzen eingefunden, betrug ungefähr 400. Viele Österreicher waren ebenfalls gekommen, und es herrschte zwischen ihnen und den Franzosen ein außerordentlicher Ton. General de Bonnemains, der nämliche, welcher die Reserve-Reiterei bei der Truppenstaff in Vincennes beschäftigte, zeigte sich den Österreichern gegenüber besonders auvorommend und meinte, zu verschiedenen Malen, daß Österreich-Ungarn und Frankreich natürliche Verbündete seien.

[Über die Lage der katholischen Universität in Paris] veröffentlichten die clericalen Blätter eine erschöpfend von beispieliger Seite herführende längere Note. Der Stand der drei Facultäten für Recht, Literatur und Naturwissenschaften wird als ein erfreulich blühender dargestellt und man wird dies unbesangener Weise kaum bezweifeln dürfen, wenn man z. B. erfährt, daß die Rechtsfacultät allein dreihunderttausendzwanzig Hörer zählt, daß die Literaturfacultät sich jedes Jahr um einen oder mehrere Lehrstühle, so noch im letzten Jahre um einen Lehrstuhl für fremde Literaturen vermehre, auf welchem in dem bevorstehenden Semester ein Collegium über „deutsche Literatur in ihrem großen Jahrhundert“ vorgetragen werden soll, daß endlich die Sammlungen, Cabinets und Laboratorien der naturwissenschaftlichen Facultät mit denen des Staates wetteifern können. Nun heißt es aber in der Note weiter: „Wenn bisher noch nichts versucht worden ist, um den nothwendigsten Theil des ganzen Unternehmens, nämlich die medicinische Facultät, durchzuführen, so liegt der Grund daran, daß das auch bei Weitem der schwierigste Theil ist. In Paris zumal darf in dieser Gattung nichts Mittelmäßiges gethan werden; andererseits können wir auch kein schon bestehendes Institut für unsern Zweck verwerten. Vor Allem muß also ein ausgedehntes Hospital errichtet und ausgestattet, dann eine Lehranstalt gebaut und mit den nötigen Mitteln für den Unterhalt von 20 bis 30 Professoren versehen werden. Diese Schwierigkeiten schreien die Gründer der Universität nicht zurück; sie wissen, daß Gott den nothwendigen Werken nie seinen Beistand versagt, und dieses gehört zu den aller-nothwendigsten. Schon hat sich ein Comité für die Gründung eines Hospitals gebildet, und nie sollte die Grossmuth der Kinder der Kirche einem Werk gebrechen, welches seinen Wohlbürgern das Verdienst und die Freude einer dreifachen guten That gewährt, nämlich gegen die armen Kranken, welche hier eine liebevolle Pflege finden sollen, gegen die Studirenden, welche sich die Heilwissenschaft aneignen können, ohne in ihrem Glauben erschöpft zu werden, und endlich gegen die ganze Gesellschaft, welche dieses Institut mit ausgezeichneten, vor dem Gifte verderblicher Lehren bewahrten Aerzten beschenken soll.“ Man er sieht aus alle dem, daß die Leute des Ultramontanismus in Frankreich trotz aller Wehlagen über Gambetta'sche Verfolgung bisher noch nichts weniger als gesunken sind.

[In der vorgestrigen zweiten Sitzung des Friedens-Congreses] behandelten General Lütz, Marquis von Bépoli, Herr Le Doyer, das englische Parlaments-Mitglied Mr. Gourley, der greise Garnier-Vädés, Mitglied der republikanischen Regierungen von 1848 und 1870, endlich der holländische Abgeordnete Van Et das bekannte Thema des Congresses aus verschiedenen Gesichtspunkten. Neue Beiträge-Erläuterungen waren von dem deutschen Reichstag-Abgeordneten Herrn Zimmermann und von dem General-Commissär Spanius aus der Weltausstellung, Herrn Santos, eingelaufen. Frau Ernestine Rose, Delegierte der Friedens-Gesellschaft von Philadelphia, verwendete sich eifrig für die Buzierung der Frauen zu dem Werke des Congresses, indem sie darauf hinwies, daß die Mütter, die Bräute, die Schwestern natürlich die ersten wären, den Krieg zu verdammen. Im Übrigen beschäftigte man sich, ohne noch zu einer Resolution zu gelangen, mit der Frage der internationalen Schiedsgerichte. Der Debattie lag folgender Resolution-antrag zu Grunde: In Erwagung, daß die Zulassung zu den Waffen unzählige Leiden nach sich zieht und überdies ganz und gar nicht geeignet ist, die internationalen Streitigkeiten in beredigender und dauerhafter Weise zu schlichten, ist der Kongress der Ansicht: 1) daß es die Pflicht der Regier

hre Lager und Kasernen und flächten sich auf das assatische Ufer, wo sie selbstverständlich vom Raube leben. Die Deserteure wenden sich meist nach Smyrna, Teschne, Alvalin und Mylene, wenn sie nicht in der Umgebung Konstantinopels selbst sich verstecken. Die Verordnungen der Polizei und des Kriegsministeriums gegen die Beihilfe zur Flucht sind bisher vollständig fruchtlos gewesen. Die Deserteure haben jüngst wieder durch Gräueltaten von sich hören lassen. Erst unlängst wurden in Kadiķi, also im Angesicht von Konstantinopel, vier griechische Gärtner von solchen ermordet und beraubt und am nächsten Donnerstag ward ein Diener Sir H. Layard's, welcher in einem Wäldchen in der Nachbarschaft von Therapia spazieren ging, von drei militärisch gekleideten Individuen überschlagen, splittertackt ausgezogen, auf das Auge mißhandelt und, an einem Baum gebunden seinem Schicksal überlassen. Der Dragoman der englischen Botschaft forderte energisch die Bestrafung der Schuldigen und die Pforte versprach nach denselben zu schänden. Die allgemeine Entrüstigung der Arme trug die Schuld an der allgemeinen Ausreizerei.

Als Gast des Sultans weltet hier gegenwärtig der gewesene Minister des Bey von Tunis, Kheredin Pascha, welcher auf ausdrücklichen Befehl des Sultans berufen wurde, der ihn, wie es scheint, ernstlich über die administrative Reorganisation des Reiches zu Rathe ziehen will. Kheredin besitzt eine gewisse Kompetenz hierzu und hatte schon vor dem russisch-türkischen Kriege eine hierauf bezügliche bemerkte Broschüre in arabischer Sprache unter dem Titel: „Nothwendige, in der Türkei einzuführende Reformen“ veröffentlicht, in welcher er es unternahm, nachzuweisen, daß der Islam und seine Grundsätze mit Fortschritt und Civilisation nicht verträglich seien.

Die Aufmerksamkeit des Sultans wurde auf Kheredin besonders durch einen anderen Tunen, der permanenter Gast des Palastes ist, hingelenkt; es ist dies der Scheit El Selb Dzassar, welcher als vertraulicher Vermittler zwischen dem Sultan und seinem Vasallen fungirt. Man sagt, Kheredin werde binnen Kurzem zum Minister des Innern mit sehr weitgehenden Befugnissen ernannt werden. (Pr.)

Provinzial - Zeitung.

Breslau, 2. Oktbr. Ankommen: Se. Excellenz Baron Simiedl, Gen. der Inf. n. Kam. aus Wien.

+ [Freiherr von Döherr +] In Rothenburg O.-L. ist am 29sten September der jugendliche Dichter Freiherr von Döherr, der zum Besuch bei seinem Bruder dort weilte, durch einen heftigen Blutsturz plötzlich aus dem Leben gerufen worden.

* [Bur Jagd] Aus Laurahütte wird der „Kattow. Blg.“ gemeldet: Am vergangenen Freitag erlegte der Sohn des Herrn Inspector Höppner aus dem benachbarten Dorfe Macejowitz ebenfalls einen Steinadler von gewaltiger Länge und Breite. Herr H. lädt den selteneren Vogel ausstossen.

* [Ein weißer Sperling] wurde auf der Jagd in Klein-Ellgruth gefangen und ist in der dortigen Försterei ausgestopft zu sehen.

* [Bieb- und Fleischtransporte] Aus Myślowic wird der „Kattowitzer Zeitung“ geschildert: Bekanntlich findet von jeher auf den Eisenbahnen Szczakowa-Myslowic und Oświecim-Neuberun ein sehr bedeutender Import von Schwabia statt. Nachdem indessen durch die Regierung zu Oppeln seit einigen Monaten auch die Einfuhr von Schafe und Ziegen unter der einzigen Bedingung freigegeben worden, daß die qu. Tiere vor dem Eingange über die Grenze von einem beamten Thierarzt untersucht werden müssen, hat die Einfuhr oder richtiger gesagt, Durchfuhr von Schafen ungeheure Dimensionen angenommen, so daß zur Bewältigung dieses Verkehrs besondere Züge formirt werden müssen. In den Monaten August und September cr. dürfen über Szczakowa und Oświecim zusammen gegen 100,000 Stück Schafe eingegangen sein. Die Transporte nehmen zum größtentheil ihren Weg über Mex nach Paris und über Bremerhaven nach London. Vergangene Woche befand sich im hiesigen Bahnhof ein Eisenbahn-Güterwagen, welcher zum Transport von frischem Fleisch besonders gebaut ist. Der äußeren Form nach gleicht derselbe den gewöhnlichen Coulibinwagen, ist aber im Innern überall mit verzinntem Eisenblech bekleidet, hinter welchen sich drei Schichten schlechte Wärmeleiter befinden. Die Wagentüren sind mit hermetischen Verschlußvorrichtungen versehen. Von der Decke des Wagens in das Innere hinein ragen zwei mächtige Eisreservoirs von verzinntem Eisenblech in Prismform, welche durch zwei hermetisch verdichtbare Deckungen in der Decke gespeist werden. Der Wagen gehört einer Transportfirma, vor dem in San-Franzisko ansässig, steht. Wie uns Herr Schreiber versichert, bleibt das ausgeschlachtete Fleisch in diesem Wagen vier Wochen und länger vollständig frisch. Wir sahen in demselben einen Hammel, welcher vierzehn Tage vorher in Berlin geschlachtet und noch so frisch erhalten war, als käme er direct von der Schlachtfabrik. Der Wagen ging am 18. Septbr. mit 261 hier geschlachteten Hammeln nach Berlin ab; bei voller Ausnutzung würde er deren 300 aufnehmen können. Die qu. Compagnie beabsichtigt hierorts ein großes Schlachthaus zu errichten, falls der Import von Hindhax aus Österreich zur Abschlachtung frei gegeben wird. In diesem Falle würden von hier aus gewaltige Fleischtransporte nach entfernten Märkten, namentlich Paris (über Mex) abgehen, in welchem Zwecke dann eine größere Anzahl Wagen oben beschriebener Construction gebaut werden würden. Sollte dagegen auch diesem Unternehmen gegenüber die Grenzverträge gegen Hindhax aufrecht erhalten bleiben, so beabsichtigt die Compagnie, das Schlachthaus in Brody zu errichten und die Transporte durch Österreich und Süddeutschland zu dirigiren.

J. P. Glas, 1. Oct. [Witterung im September.] Die Witterung im September dieses Jahres war zwar keine so beständige, wie im früheren Jahren, wie wir sie überhaupt vom September gewohnt sind, trotzdem aber nicht gar so veränderlich, wie die feiner beiden Vorgänger. Auch die Temperatur war wärmer als die im September der drei vorangegangenen Jahre, ebenso warm als im Monat Juli dieses Jahres und im Durchchnitt täglich nur 2 Grad niedriger als im August d. J. Die tägliche Durchschnittstemperatur im vorigen Monat betrug +13°,12, also 20°,03 mehr als im September 1875, 1°,70 mehr als im September 1876 und gar 3°,35 wärmer als im September d. J. Die höchste Temperatur notierten wir am 14. Nachmittags 2 Uhr mit +21°,2 bei S. 1, dann S. 0, und ganz heiterem Himmel (später Gewitter), die niedrigste am 20. früh 6 Uhr mit +4°,4 bei S. 1, dann S. 2, ganz heiterem Himmel und Heiß; ferner der höchste Barometerstand am 4. früh = 338°,10 bei N. und starkem Nebel, den niedrigsten am 26. früh = 329°,75 bei S. 1 und ziemlich heiterem Himmel (später Regen). Ganz heiter war die Witterung am 4., 6., 8. und 12., ziemlich heiter am 5., 9., 13., 24. und 25., wolkig am 14., 15., 18., 19., 20. und 30., bedeckt und trüb am 20. bis 23., veränderlich am 1., 2., 12., 20., 23., 26. und 27., Dunst am 5., 7. und 9., Höhenaufzug am 8., Weiterleichten am 1., Gewitter am 14. und 15., Regen am 1., 2., 3. (früh 4 Uhr heiter Regenwurf), 7., 10., 11., 15., 16., 17., 19., 21., 22., 23., 26. und 27., und Regen am 20. und 24. Der Wind änderte seine Richtung 67 mal, und zwar aus Ost 5, Südost 8, Süd 12, Südwest 11, West 9, Nordwest 9, Nord 7 und Nordost 6 mal. Heftig war der Südwind am 6. und 18., der Südwestwind am 16., 18., 24. und 30. und der Westwind am 17. und 30. September.

-x- Aus dem oberschlesischen Industriebezirk, 30. Sepbr. [Eine angenehme Nachricht für die Schuhzölzer.] Soeben geht Ihrem Berichterstatter die für Oberschlesien und seine Eisenindustrie zweifellos wichtige Nachricht zu, daß bezüglich der wichtigen Eisen-Enquête-Commission einige Industrielle als Sachverständige fungieren werden und zu diesem Zweck bereits nach Berlin zur Vernehmung berufen sind. Aus Oberschlesien haben dem Vernehmen nach folgende Herren eine desshalb Einführung erhalten: 1) Hüttendirektor Kollmann, Bismarckhütte, 2) Generaldirektor Richter von Königs- und Laurahütte, 3) Bergbau Jünig, Gleiwitz und Commercierrath Hegenscheidt, Gleiwitz. — Möge dieser Meldung hinzugetragen werden, wie die schwer gebrüste oberschlesische Montanindustrie auf Neuöffnung schöpft, doch nunmehr endlich aus den sich ergebenden Verhältnissen der vom Bundesratthe eingesetzten Enquête-Commission mit den wichtigsten „Sachverständigen“ die Unhaltbarkeit des bisherigen Systems der freien Einfuhr bei gesperrter Ausfuhr“ verborgen, das Prinzip der Gegenliegekeit bei handelspolitischen Abschlüssen zur Geltung kommen und damit wieder neues Leben aus den Ruinen des vaterländischen

Gewerbeleises erblühen werde. Mögen nun endlich auch die „Gleichmacher“ der Adam Smith'schen Lehre quand même uns Oberschlesien entweder die handelspolitischen Grenzen ihres bisher nur exträumten Kolonialen an Stelle unserer concreten Landsgrenze sehen, oder sich mit der von ihnen bisher angerichteten Verwirrung genügen, eingedenk der Worte: „Mit eitler Rede wird hier nichts gescheff“. — Insbesondere erfüllte uns mit großer Freude die Kunde, daß unter Anderen Hüttdirektor Kollmann als Sachverständiger nach Berlin berufen worden, von dem es bekannt ist, daß er seit Jahren unentwegt in allen seinen Bestrebungen in der Eisenzollfrage als das caeterum censeo steis eine Enquête gefordert habe, da die deutsche Eisenindustrie nur Sachverständiger, nicht aber Richter in eigner Angelegenheit habe sein wollen; daß er nach dieser Richtung hin unermüdlich und namenlich in der Presse und auf den Congressen thätig gewesen; daß er in dieser Frage zur Beurtheilung wohl competent sei.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 1. Oktbr. [Börse] Bereits gestern nach Schluss der Börse erfuhr die Stimmung eine nicht unbeträchtliche Abschwächung, und dieselbe übertrug sich denn auch auf das heutige Geschäft. Den hauptsächlichsten Grund der allgemeinen Verstimmung gab die Nachricht von der beabsichtigten Demission des ungarischen Ministeriums, außerdem traten aber auch noch einige andere Momente in Wirklichkeit. Die auswärtigen Börsenplätze schickten schwächer Notizen, und es gewannen besonders die Londoner Courtspeisen ein erhöhtes Interesse und demgemäß auch einen stärkeren Einfluß auf die Entwicklung des heutigen Geschäftes. Ebenso macht sich noch immer die Knappheit des liquiden Geldes recht fühlbar, obschon die Spannung in den Geldverhältnissen nicht mehr den acuten Charakter trägt wie in der letzten Hälfte des vergangenen Monats. Die fremden Wechsel konnten fast sämmtlich heut die Course etwas erhöhen, nur machte die russische Valuta, die wiederum einen nicht ganz unbedeutenden Rückgang aufzuweisen hatte, hieron eine Ausnahme. Russische Wertthe waren überhaupt sehr matt und fanden in dieser Beziehung nur in den öster. und ungar. Renten ebenbürtige Rivalen. In letzteren Werthen nimmt das Angebot immer gröbere Dimensionen an, da bedeutender Posten aus den Kreisen der Privatkapitalisten an den Markt strömen. Die Börse legte der Demission des ungarischen Ministeriums später bei ruhigerer Prüfung jedoch weniger Gewicht bei und verbesserte die Tendenz nach Schluss der Börse, da die Meinung, der Kaiser von Österreich werde die Demission nicht annehmen, in weiteren Kreisen Glauben sand. In den internationalen Speculationspapieren blieb der Verkehr sehr gering. Österreichische Creditinstitute hatten mit herabgesetzter Notiz eröffnet und erfuhr auch ferner noch Rückgänge. Franzosen blieben ruhiger und Lombarden waren ganz vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen befundeten zwar eine recht feste Haltung, beteiligten sich aber nur weniger am Verkehr und blieben daher auch in den Notierungen meist unverändert. Rudolfsbahn ließ etwas nach. Auch die localen Speculationspapiere gingen nur sehr mäßig um. Es notirten: Disconto-Commandit ult. 181,75 bis 132,2%, Laurahütte ult. 73—2%. Auswärtige Staatsanleihen sehr matt und rückgängig, 5proc. russ. Anleihe per ult. 80,25—79,75, russische Noten per ult. c. 203%—202%, per ult. November 204,5%—203%. Preußische Staatspapiere nicht unbeliebt, 4proc. und 4% proc. Consols besonders bevorzugt. Deutsche Reichsanleihen weniger fest. Eisenbahnprioritäten gut behauptet. Auf dem Eisenbahnactienmarkt war die Stimmung bei geringem Geschäft fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen besonders Bergische beliebt. Per ultimo werden gehandelt: Bergische 78,75 bis 79—78,90, Kölnische 107,10—40, Rheinische 109,40. Stettiner Dimensionen an, da bedeutender Posten aus den Kreisen der Privatkapitalisten an den Markt strömen. Die Börse legte der Demission des ungarischen Ministeriums später bei ruhigerer Prüfung jedoch weniger Gewicht bei und verbesserte die Tendenz nach Schluss der Börse, da die Meinung, der Kaiser von Österreich werde die Demission nicht annehmen, in weiteren Kreisen Glauben sand. In den internationalen Speculationspapiere blieb der Verkehr sehr gering. Österreichische Creditinstitute hatten mit herabgesetzter Notiz eröffnet und erfuhr auch ferner noch Rückgänge. Franzosen blieben ruhiger und Lombarden waren ganz vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen befundeten zwar eine recht feste Haltung, beteiligten sich aber nur weniger am Verkehr und blieben daher auch in den Notierungen meist unverändert. Rudolfsbahn ließ etwas nach. Auch die localen Speculationspapiere gingen nur sehr mäßig um. Es notirten: Disconto-Commandit ult. 181,75 bis 132,2%, Laurahütte ult. 73—2%. Auswärtige Staatsanleihen sehr matt und rückgängig, 5proc. russ. Anleihe per ult. 80,25—79,75, russische Noten per ult. c. 203%—202%, per ult. November 204,5%—203%. Preußische Staatspapiere nicht unbeliebt, 4proc. und 4% proc. Consols besonders bevorzugt. Deutsche Reichsanleihen weniger fest. Eisenbahnprioritäten gut behauptet. Auf dem Eisenbahnactienmarkt war die Stimmung bei geringem Geschäft fest. Von den rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen besonders Bergische beliebt. Per ultimo werden gehandelt: Bergische 78,75 bis 79—78,90, Kölnische 107,10—40, Rheinische 109,40. Stettiner

Gewerbeleises erblühen werde. Mögen nun endlich auch die „Gleichmacher“ der Adam Smith'schen Lehre quand même uns Oberschlesien entweder die handelspolitischen Grenzen ihres bisher nur exträumten Kolonialen an Stelle unserer concreten Landsgrenze sehen, oder sich mit der von ihnen bisher angerichteten Verwirrung genügen, eingedenk der Worte: „Mit eitler Rede wird hier nichts gescheff“. — Insbesondere erfüllte uns mit großer Freude die Kunde, daß unter Anderen Hüttdirektor Kollmann als Sachverständiger nach Berlin berufen worden, von dem es bekannt ist, daß er seit Jahren unentwegt in allen seinen Bestrebungen in der Eisenzollfrage als das caeterum censeo steis eine Enquête gefordert habe, da die deutsche Eisenindustrie nur Sachverständiger, nicht aber Richter in eigner Angelegenheit habe sein wollen; daß er nach dieser Richtung hin unermüdlich und namenlich in der Presse und auf den Congressen thätig gewesen; daß er in dieser Frage zur Beurtheilung wohl competent sei.

Liverpool, 1. Oktbr. Vormittag. [Baumwolle] (Anfangsbericht) Mähdroschlicher Umsatz 8000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 3000 Ballen. Amerikanische.

Liverpool, 1. Oktbr. Nachmittag. [Baumwolle] (Schlußbericht) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Angeboten, auf Zeit 1/2 D. billiger angeboten. Amerikaner aus irgend einem Hafen alte Ernte Oct.-Nov.-Lieferung 6 1/16 D.

Manchester, 1. Oktbr. Nachmittag. 12t Water Armitage 7%, 12t Water Taylor 7%, 20t Water Micholls 8%, 30t Water Gidlow 9%, 30t Water Clayton 9%, 40t Muile Mayoll 9%, 40t Medio Willington 10%. 36t Warpecks Qualität Rawdon 9%, 40t Double Weston 10%, 60t Double Weston 13%, Printers 16 1/2%, 8 1/2%, 8 1/2%, 96. — Markt ruhig.

Petersburg, 1. Oktbr. Nachm. 5 Uhr. [Schluss-Course.] Wechsel London 3 Monate 24, do. Hamburg 3 Monate 207, do. Amsterdam 3 M. — do. Paris 3 M. 250%. 1864er Prämiens-Anleihe (gest.) 231, 1866er Prämiens-Anleihe (gest.) 227, Russische Anleihe de 1873 1/2-Imperial 8, 22, Große russische Eisenbahn 232%. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 116%, Kreditbriefe 4 1/2%.

Petersburg, 1. Oktbr. Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 56,00. Weizen loco 18,00. Roggen loco 7,50. Hafer loco 5,00. Hanf loco 39,00. Leinsaat (9蒲) loco 15,75. — Wetter: Regnerisch.

Königsberg, 1. Oktbr. Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen niedriger. Roggen sehr ruhig, loco 121/122 Pfund. 2000 Pf. Zollgewicht 110,00, pr. October 104,00, pr. Frühjahr 109,00. Gerste niedriger. Hafer flau, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 112,00, pr. October 106,00. Weiße Erbhen pr. 2000 Pf. Zollgewicht neue feinste Kochware 140,00. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 56,50, pr. October 53,25, pr. Frühjahr 52,75. — Wetter: Regnerisch.

Danzig, 1. Oktbr. Nachmittag 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen billiger. Umsatz 600 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pf. Zollgewicht 166,00, hellblauer 170,00 bis 175,00, hochblauer und glänzend 180,00 bis 195,00, russischer abfallend 150,00 bis 155,00, do. besserer 160,00 bis 167,00, pr. October-November 170,00, pr. April-Mai 182,00. Roggen unverändert 120 Pf. loco pr. 2000 Pf. Zollgewicht inländischer 110,00 bis 117,00, 1/2-Imperial 120,00, pr. April-Mai 120,00. Kleine Gerste pr. 2000 Pf. Zollgewicht 120,00. Große Gerste pr. 2000 Pf. Zollgewicht 120,00 bis 152,00. Weiße Koch-Erbhen loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht loco 130,00. Hafer pr. 2000 Pf. Zollgewicht 122,00. Rüben loco 223,00 bis 225,00. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 55,00.

West, 1. Oktbr. Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, Termine flau, per Herb. 8, 70 Gd., 5, 75 Br. Hafer per Herb. 5, 80 Gd., 5, 85 Br. Mais (Banat) per Mai-Juni 5, 20 Gd., 5, 25 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 1. Oktbr. Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht) Weizen behauptet, per October 27, 25, per November-December 27, 50, per November-Februar 27, 50, per Januar-April 27, 50. Weiß behauptet, per October 65, 25, pr. November-December 63, 25, pr. November-Februar 62, 25, pr. Januar-April 62, 25, pr. November-December 60, 25, per Januar-April 60, 25, pr. November-Februar 58, 25, per Januar-April 58, 25. — Wetter: Regnerisch.

Antwerpen, 1. Oktbr. Nachmittag. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht) Weizen flau. Roggen weichend. Hafer flau. Gerste ruhig.

Antwerpen, 1. Oktbr. Nachmittag 4 U. 30 M. [Petroleummarkt] (Schlußbericht) Raffinirte. Type weiß, loco 24 bez. 24 1/2 Br., per November-Februar 24 1/2 bez. und Br., per December 25 Br., per Januar-Februar 25% Br. Steigend.

Wremen, 1. Oktbr. Nachmittag. Petroleum höher. (Schlußbericht) Standart weiße loco 9, 40, per November 9, 70, pr. December 9, 80, per Jan.-März 10, 00.

Lübeck, 1. Oktbr. [Serienziehung der Lübecker 50-Taler-Börsen.] 123 205 215 286 296 304 335 348 477 636 639 857 875 891 911 947 951 1322 1507 1607 1720 1761 1820 1849 1973 2020 2134 2146 2510 2556 2572 2673 2684 2696 2744 2760 2845 2989 3123 3198 3205 3208 3303 3381.

Karlsruhe, 1. Oktbr. [Prämienziehung der badischen 35-Gulden-200f.e.] 40.000 St. auf Nr. 203,011, 10.000 St. Nr. 108,795, je 4000 St. Nr. 336,244, 349,906, je 2000 St. Nr. 37,427, 158,694, 160,446, 371,098, je 1000 St. Nr. 8106, 108,761, 162,316, 162,324, 176,325, 207,641, 255,042, 281,453, 293,880, 331,454, 298,170.

Berlin, 1. Oktbr. [Producen - Bericht.] Das Wetter ist regnerisch seit gestern Abend. Die Stimmung für Getreide war heute im Vergleich zu den letzten Tagen sehr fest. — Roggen wurde zu etwas besseren Preisen mäßig umges

